

Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Niederschrift

Gremium:	Ausschuss für Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 20.01.2021
Sitzungsdauer:	19:00 - 22:03 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

Öffentliche Sitzung

es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche
Sitzung

Peter Jagolski
Vorsitzender

Jeanette Linsdorf
Protokollführer

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Peter Jagolski

Mitglieder

Herr Wilko Maatz
Herr Uwe Nastke
Herr Karsten Paproth
Herr Dieter Pasiciel
Herr Marco Radke
Herr Werner Jacob
Herr Wolfgang Kinszorra

sachkundige Einwohner

Herr Torsten Fettback
Herr Mathias Sprunk

Ortsbürgermeister

Frau Edith Braun

Protokollführer

Frau Jeanette Linsdorf

Mitarbeiter Verwaltung

Frau Claudia Wittke

Abwesend:

Mitglieder

Herr Michael Bartoschewski entsch. -
Vertretung Herr Jacob
Herr Ralf Breuer unentsch.
Herr Michael Nagler entsch.-Vertr. Herr Kinszorra

sachkundige Einwohner

Herr Thomas Lemme entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Wirtschaft und Verkehr der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 20.01.2021, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit	
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3. Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 02.12.2020	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	
6. Information des Ausschussvorsitzenden	
7. Anfragen und Anregungen, Sonstiges	
8. Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Norma Bismarckstraße"	BV 453/2020
9. 4.Änderung des Flächennutzungsplanes Tangerhütte im Parallelverfahren im Zuge der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „NORMA Bismarckstraße„ in der Ortschaft Tangerhütte hier: Beschluss über die Abwägung und Feststellung der 4.Änderung des Flächennutzungsplanes Tangerhütte	BV 454/2020
10. Abwägungs- und Satzung Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „NORMA Bismarckstraße„ in der Ortschaft Tangerhütte	BV 455/2020
11. Beschluss über den Durchführungsvertrag zum vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan " Biogasanlage Schönwalde"	BV 493/2020
12. Abwägungs- und Satzung Beschluss zum vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan – Biogasanlage Schönwalde	BV 495/2020
13. Planung und Bau eines Radweges entlang der L 30 - Festlegung Abschnitts-rangfolge	BV 494/2020
14. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung der Stadt Stendal mit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Untersuchung der Möglichkeiten für die Errichtung, Entwicklung und Vermarktung eines Industriegebietes	BV 496/2020
15. Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 441/2020
16. Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 442/2020
17. 2. Änderung zur Satzung über den Kostenersatz und die Erhebung von Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 443/2020
18. Zuwendungs-Richtlinie für die Freiwillige Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 444/2020
19. Aufnahme eines Radweges entlang der L 53 in den Haushalt der Einheitsgemeinde - Antrag Ortschaftsrat Schernebeck BV 346/2020	BV 468/2020
20. Planung Mittel Kita Terrasse Lüderitz in Haushalt 2021 der Einheitsgemeinde - Antrag WG Lüderitz BV 354/2020	BV 469/2020
21. Planung von Haushaltsmittel für Schallschutzdecken in der Grundschule Lüderitz von 2026 auf 2021 - Antrag WG Lüderitz BV 355/2020	BV 470/2020
22. Planung von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Tangerbrücke Lüderitz von 2026 auf 2023 - Antrag WG Lüderitz BV 356/2020	BV 471/2020
23. Andere Verwendung der Ansparung der IVP-Mittel aus 2020 - Antrag WG Altmark-Elbe BV 358/2020	BV 472/2020

- | | |
|---|-------------|
| 24. Umsetzung der Leadermaßnahme Bau eines Jugendclubs in Lüderitz im Haushaltsjahr 2021 - Antrag WG Lüderitz BV 380/2020 | BV 478/2020 |
| 25. Verwendung nichtverbraucher Eigenmittel aus Förderprojekten umwandeln in Mittel zur Gehwegsanierung _ Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 383/ 2020 | BV 480/2020 |
| 26. Dachsanierung Kulturhaus Einstellung von Haushaltsmitteln - Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 384/2020 | BV 481/2020 |
| 27. E- Fahrzeuge Erstellung Anschaffungsliste - Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 385/2020 | BV 482/2020 |
| 28. Prüfung energieautarke Einheitsgemeinde - Antrag CDU/ FDP BV 386/2020 | BV 484/2020 |
| 29. Mittelbereitstellung für die Herrichtung und Instandhaltung von Spielplätzen - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 387/2020 | BV 485/2020 |
| 30. Mittelbereitstellung im Haushalt zur Sanierung Dach Schwimmhalle - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 388/2020 | BV 486/2020 |
| 31. Fortführung Sanierung Karl-Marx-Straße, Tangerhütte und Erstellung Prioritätenliste Straßenbau - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 389/2020 | BV 487/2020 |
| 32. Umsetzung Brandschutzauflagen und Sanierung Personaltoilette Kita F. Fröbel - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 390/2020 | BV 489/2020 |
| 33. Umverlegung Elektroanschluss Germania Sportplatz - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 391/2020 | BV 490/2020 |
| 34. Fortführung der Instandsetzung von Gehwegen - Antrag Ortschaftsrat Tangerhütte BV 394/2020 | BV 491/2020 |
| 35. Aufnahme der Maßnahme energetische Sanierung Dach und Fassade Sporthalle Uetz in die Investitionsliste 2026 - Antrag UWGSA BV 395/2020 | BV 492/2020 |
| 36. Prüfung Umbau altes FFW Gerätehaus Lüderitz/ Groß Schwarzlosen - Antrag WG Zukunft BV 400/2020 | BV 499/2020 |

Nichtöffentliche Sitzung

37. Abstimmung über die Niederschrift der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 02.12.2020
38. Information des Ausschussvorsitzenden
39. Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Öffentliche Sitzung

40. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
41. Bekanntgabe der in nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
42. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Es sind 8 Ausschussmitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 2 auf.

Herr Jagolski stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte (TOP) 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 zu vertagen.

Frau Braun informiert über den rechtzeitig eingereichten Änderungsantrag der WG Lüderitz zu TOP 13.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Vertagung der TOP 15, TOP 16, TOP 17 und TOP 18 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis Vertagung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 3 Abstimmung über die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses vom 02.12.2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 3 auf und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis NS 02.12.2020: 5 x Ja; 0 x Nein; 3 x Enthaltung

Frau Gores, Norma, nimmt an der Sitzung teil.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 4, Einwohnerfragestunde, auf.

Herr Traufelder aus Birkholz fragt, ob schon einmal geprüft wurde, an der Grundschule „Am Tanger“ einen Kreisel zu bauen bzw. ob die Prüfung dessen, möglich sei. Wer müsse das beantragen, wie viel koste es? Wäre es notwendig, gäbe es Fördermöglichkeiten?

Der Ausschussvorsitzende antwortet, wir nehmen das mit.

Frau Braun möchte eine grundsätzliche Aussage zu dieser Problematik machen, da sie sich in Lüderitz (Kreuzung B189, L30) damit befasse. Man müsse immer bedenken, wer Baulastenträger, wer zuständig sei.

Es gibt keine weiteren Einwohneranfragen.

TOP 5 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 5 auf. Es wurden keine Beschlüsse gefasst.

TOP 6 Information des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 6 auf. Er gibt den Ausschussmitgliedern eine Liste der Arbeitsgemeinschaft „Barrierefreie Städte“ zur Kenntnis.

Herr Jagolski informiert zu einer Einwohneranfrage aus der letzten Bauausschusssitzung zum Thema Verkauf Schnitt-, Baumholz, dass dies für die nächste Sitzung vorbereitet ist.

TOP 7 Anfragen und Anregungen, Sonstiges

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 7 auf.

Frau Braun bezieht sich auf die vorhergehende Information und schlägt vor, für die mittel-, lang- und kurzfristige Planung (auch im HKK) von Fachleuten mit der Verwaltung eine Übersicht erstellen zu lassen, wie die Bausubstanz in den einzelnen Ortschaften der Einheitsgemeinde aussieht. Was ist zwingend sofort zu machen, was in 5 und 10 Jahren? So wie das geforderte Gebäudekataster, sollte es auch für Straßen und Gehwege sowie die Straßenbeleuchtung in allen Ortschaften gemacht werden. Man muss sich planerisch vorbereiten, um das umsetzen und finanzieren zu können.

Herr Fettback weist darauf hin, dass ihm der Sitzungskalender für 2021 nicht zugegangen sei. **Herr Sprunk** ebenfalls.

Herr Fettback fragt zum Thema energetische Sanierung Dach Schwimmhalle und gleichfalls Sporthalle, Sportplatz, warum es nicht möglich sei, die Schwimmhalle abzureißen oder zu verkleinern. **Herr Fettback** kritisiert, dass heute 47 TOP auf der Tagesordnung stehen und meint, dass das nicht machbar sei.

Herr Jacob fordert eine Auflistung, in welchen Ortschaften der Einheitsgemeinde Bauland für baupflichtige Bürger vorhanden ist, um besser darüber informieren zu können.

Herr Kinszorra ergänzt dazu, dass das Grundstückskataster dringend weitergeführt und aktualisiert werden müsse. Zuzugswillige Bürger müssten unterstützt und gefördert werden. Die Umsetzung gefasster Beschlüsse müsse endlich begonnen werden.

Herr Jacob informiert über seinen Antrag zur Sitzung am 10.02., dass Mandatos überarbeitet und aktualisiert werden solle. Es enthalte veraltete Informationen zu Mitgliedern und Fraktionen sowie Beschlussvorlagen (BV). Sein Vorschlag ist eine Rubrik BV, die nummerisch und chronologisch (nach Zeit der Einstellung) zu ordnen ist und unterschiedliche Farbgebung für offene bzw. erledigte BV zu verwenden. Mitglieder, die die Papierversion nutzen, erhalten die Möglichkeit, den aktuellen Stand von der Verwaltung zu bekommen.

Frau Braun weist auf Ertragsbeeinträchtigungen und Flächenverlust für die Landwirtschaft durch Windräder hin.

Herr Jagolski wirft die Frage auf, wie ist der Stand der Prioritätenliste der Gebäude in der Einheitsgemeinde, die für Solar angedacht sind. Er erinnert an die Aufforderung zur Übersicht / Aufstellung der Kosten, der Einnahmen und Nutzung der Sporthalle Uetz.

Herr Kinszorra fragt zum Solarpark Mahlpfuhl, ob es Informationen zur möglichen Überbauung eines öffentlichen Feldweges gab. Er möchte wissen, was ist da passiert, wie geht man da vor? Er möchte eine Antwort dazu haben.

Der Ausschussvorsitzende nimmt die Frage im öffentlichen Teil mit.

Frau Wittke sagt, sie sei nicht vorbereitet auf den Stand der Dinge.

Herr Kinszorra vertritt den Standpunkt: die Verwaltung muss das prüfen und dafür sorgen unser Eigentum zu schützen.

Frau Braun erinnert an ihre Bitte an die Verwaltung zur Erstellung einer Übersicht über Feldwege. Es gäbe althergebrachte Feldwege, die umgepflügt wurden und genutzt werden. Sie kritisiert eine fehlende Übersicht, wie viele Quadratmeter der Einheitsgemeinde gehören. Das müsse anhand der Flurkarten durch die Verwaltung neu eruiert werden. Es gäbe Gemeindefeldwege, die durch den Windpark genutzt würden. Sie vermute, dass da mögliche Einnahmen verloren gingen.

Herr Nastke erwähnt Bauarbeiten zum Anschluss „schnelles Internet“ in der Ortschaft Demker. Gehwege wurden schlecht wieder zugemacht. Er möchte wissen, warum derzeit nicht weitergearbeitet werde.

Frau Wittke informiert, dass die Arbeiten aufgrund der derzeitigen Wetterlage pausieren, sie nicht wisse, wann es weiter gehe.

TOP 8 Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Norma Bismarckstraße" BV 453/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 8, BV 453/2020 auf. Er informiert über Diskussionen gestern im Ortschaftsrat zu den Ausgleichsmaßnahmen und eine Abstimmung dort darüber. Die Verwaltung und Frau Gores (Norma) wollten das prüfen.

Frau Wittke bittet Herrn Jagolski, die Ausschussmitglieder über die Diskussionsgrundlage im OR zu informieren.

Dazu führt **Herr Jagolski** aus: Es geht um die Ausgleichsmaßnahmen auf einem Teil der Abrissfläche (ehemals „Rossmann“) in Form von Grünanpflanzungen (Bäume, Hecken usw.). Der OR vertritt mehrheitlich die Meinung, da es um eine Fläche im Stadtzentrum ginge, solle die Fläche möglichst attraktiv gestaltet werden und geprüft werden, ob kurzfristige Planungsänderungen möglich seien.

Frau Wittke informiert, dass eine Umänderung schwierig sei. Pläne müssten überarbeitet werden, neue Stellungnahmen des Umweltamtes seien erforderlich. Mögliche Verzögerung von 2-3 Monaten. Vorschlag ist, wie geplant (Rasen und Obstbäume) zu verfahren und für 2023 Gelder einstellen für Umgestaltung (mit Planer und Umweltamt).

Dazu äußern sich **Frau Braun, Herr Paproth, Herr Kinszorra** kritisch.

In der Diskussion werden die Ansichten / Hinweise mitgeteilt:

- es solle kein Geld 2023 dafür (Planer für Umgestaltung) eingestellt werden, wir haben kein Geld dafür
- 7 Jahre Planung, 4 Jahre kostenlose Verlängerung Optionsvertrag
- Obstbäume in Innenstadt kritisch (Bienen), stattdessen fruchtlose Bäume nehmen
- Ausgleichsmaßnahme ist Bestandteil des ganzen Projektes
- keine Nachbearbeitung auf Kosten der Einheitsgemeinde
- Nutzungsvertrag muss enthalten, was man wolle
- Beschluss müsse verändert werden

Herr Jagolski merkt an, es ginge nicht nur um die Art der Begrünung, sondern evtl. andere Gestaltung (z.B. Sitzecke).

Herr Nastke meint, man habe keine großen Alternativen zur Begrünung.

Herr Maatz erwähnt den Vorschlag von Frau Gores im OR zur Übertragung der Fläche an die Stadt, zur eigenen Gestaltung. Das verursache dann Kosten.

Frau Gores erklärt die lange Planungszeit. (angrenzend an Deutsche Bahn, Fachgutachter notwendig) Weitere Hinweise von **Frau Gores** sind: Nach Kauf und Gebäudeabriss entstehe freistehende Fläche. Eigentümer dessen sei Norma. Gewünschte Begrünung der Fläche wurde mit Landkreis Stendal, Fachplaner und Naturschutzbehörde abgestimmt. Geforderte Ersatzmaßnahmen seien für Norma schon durch die Entsiegelung der Fläche erfüllt. Begrünung war Zugeständnis von Norma. Baumart war Empfehlung der Naturschutzbehörde (wg. Bienensterben). Gestaltungsideen könne man nicht zu Lasten von Norma umsetzen. Ihr Vorschlag war eine mögliche Übertragung der Fläche an die Stadt zur eigenen Gestaltung. Die Ersatzmaßnahmen von Norma können weitestgehend auf dem Plangebiet durchgeführt werden. Die Baumart wird vom Landkreis, untere Naturschutzbehörde vorgeschrieben. Eine Umänderung in kurzer Zeit halte **Frau Gores** aufgrund der Pandemiesituation und damit verbundenen Umstrukturierungen im Landkreis (Naturschutzbehörde) für unrealistisch.

Frau Braun kritisiert, dass OR bzw. Bauausschuss nicht mit einbezogen wurden in der Abstimmung und hinterfragt die Vorgabe, im Stadtzentrum Obstbäume zu pflanzen.

Frau Gores erklärt, dass es Vorschläge des Fachplanungsbüros waren, die vom Landkreis Stendal so akzeptiert wurden. Die Stadtverwaltung bekomme dann die Unterlagen zur Sichtung. Danach gab es mehre Treffen dazu.

Der Ausschussvorsitzende fragt, wer von der Verwaltung bei dem Termin anwesend war.

Frau Gores antwortet, Herr Brohm, Frau Wittke, Frau Klähn, Herr Reich.

Herr Paproth kritisiert, dass die Verwaltung OR, Stadtrat, Bauausschuss nicht an Entscheidung/Beratung beteiligt hat. Dem stimmt **Herr Jacob** zu und verliest einen Textabschnitt aus den Unterlagen.

Herr Kinszorra fragt nach der Auflage der unteren Naturschutzbehörde.

Frau Gores erklärt, dass auch alternative Ausgleichsmaßnahmen (außerhalb der Stadtgrenzen) möglich seien. Sie bekräftigt aber, der Ausgleich / die Ersatzmaßnahme solle in der Stadt Tangerhütte bleiben.

Herr Jagolski merkt an, die baurechtlichen Dinge seien heute nicht zu klären.

Frau Braun macht den Kompromissvorschlag, fruchtlose Bäume zu verwenden.

Frau Gores unterstützt den Vorschlag von Frau Braun und versucht bis Montag zum Hauptausschuss Klärung, ob fruchtlose Bäume möglich seien.

Herr Jacob unterstützt den Vorschlag aus dem OR, zur Verwendung des von Norma einzusetzenden Geldes für die Herrichtung der Flächen, an die Stadt zu geben. Die Stadt könne mit dieser Summe die Gestaltung übernehmen.

Frau Braun wirft ein, dass das baurechtlich nicht möglich ist.

Herr Nastke ist gegen den Vorschlag von Herrn Jacob. **Herr Pasiciel** meint, eine Begrünung der Fläche sei in Ordnung.

Der Ausschussvorsitzenden schlägt vor, die Entscheidung in den Hauptausschuss und Stadtrat zu verweisen, aufgrund des fehlenden Kenntnisstandes. Bis Montag können noch Informationen gesammelt werden.

Herr Jagolski bittet um Abstimmung über den Antrag zur Verweisung BV 453/2020 an den Hauptausschuss und Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 9 4. Änderung des Flächennutzungsplanes Tangerhütte im Parallelverfahren im Zuge der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „NORMA Bismarckstraße,, in der Ortschaft Tangerhütte / hier: Beschluss über die Abwägung und Feststellung der 4.Änderung des Flächennutzungsplanes Tangerhütte BV 454/2020

Der Ausschussvorsitzenden ruft den TOP 9 auf und bittet um Abstimmung über den Antrag zur Verweisung BV 454/2020 an den Hauptausschuss und Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 10 Abwägungs- und Satzung Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „NORMA Bismarckstraße,, in der Ortschaft Tangerhütte BV 455/2020

Herr Jagolski ruft den TOP 10 auf und bittet um Abstimmung über den Antrag zur Verweisung BV 455/2020 an den Hauptausschuss und Stadtrat.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 11 Beschluss über den Durchführungsvertrag zum vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan " Biogasanlage Schönwalde" BV 493/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 11, BV 493/2020, auf.

Herr Kinszorra fragt nach, wie die Schadensersatzsumme, in Höhe von 250000€ bei Änderung des Sitzes, zustande gekommen ist. Ebenso möchte **Herr Kinszorra** Erklärungen zu Teil 4 des Vertrages, § M1 Kompensationsmaßnahmen. Wie ist die Höhe von 10000€ der Kompensationsmaßnahme entstanden.

Frau Wittke gibt an, dass man die Kompensationsmaßnahmenhöhe vom Planungsingenieur zugewiesen. **Herr Kinszorra** möchte wissen, ob man diese als Verwaltung kontrollieren könne. **Frau Wittke** antwortet, nein. Kompensationsmaßnahmen würden nach einem speziellen Punktesystem berechnet, das könne im Haus keiner. Das bemängelt **Herr Kinszorra** und hebt hervor, dass das Planungsbüro ja vom Auftraggeber bezahlt würde.

Auf die Frage nach der Schadensersatzsumme in Höhe von 250000€ antwortet **Frau Wittke**, dass es ein Mustervertrag sei.

Herr Kinszorra fragt, wie aktuell der Vertrag sei, von wann und von wem dieser wäre.

Frau Wittke meint, 3 Jahre. Es wird beantwortet, von wem der Mustervertrag erstellt wurde.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 493/2020.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 12 Abwägungs- und Satzung Beschluss zum vorzeitigen vorhabenbezogenen Bebauungsplan – Biogasanlage Schönwalde BV 495/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 12, BV 495/2020, auf.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 495/2020.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 13 Planung und Bau eines Radweges entlang der L 30 - Festlegung Abschnittsrangfolge BV 494/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 13, BV 494/2020, auf und informiert über den Änderungsantrag der WG Lüderitz und verteilt diesen. Er übergibt das Wort an die Antragstellerin Frau Braun. **Frau Braun** informiert über Beratungen am 19.11.20 und 04.01.21, wie in der Begründung zum Änderungsantrag dargelegt. Dort wurde die Abschnittsrangfolge, wie im Änderungsantrag aufgeführt, festgelegt. Dieser Abschnittsrangfolge Ortschaftsrat Lüderitz, Ortsbürgermeisterin (OBM) Bellingen und OBM Demker zugestimmt.

Herr Jagolski verliest den Änderungsantrag.

Der Stadtrat beschließt folgende Abschnittsrangfolge festzulegen:

1. Gemarkungsgrenze Demker bis Bahnhof Demker
2. Hüselitz bis Gr. Schwarzlosen
3. Hüselitz bis Bellingen und Windberge bis Abzweig Ottersburg
4. Sanierung des vorhandenen Radweges von Bellingen bis Bahnhof Demker

Herr Paproth kritisiert, dass die Verwaltung in der Rangfolge, den Abschnitt an die letzte Stelle gesetzt hatte, wo es 3 tödliche Verkehrsunfälle gab.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Abstimmungsergebnis Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 494/2020 mit der geänderten Abschnittsrangfolge laut Änderungsantrag.

Der Stadtrat beschließt folgende Abschnittsrangfolge festzulegen:

1. Gemarkungsgrenze Demker bis Bahnhof Demker
2. Hüselitz bis Gr. Schwarzlosen
3. Hüselitz bis Bellingen und Windberge bis Abzweig Ottersburg
4. Sanierung des vorhandenen Radweges von Bellingen bis Bahnhof Demker

Abstimmungsergebnis BV494/2020 mit Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 14 Abschluss einer Kooperationsvereinbarung der Stadt Stendal mit der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Untersuchung der Möglichkeiten für die Errichtung, Entwicklung und Vermarktung eines Industriegebietes
BV 496/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 14, BV 496/2020, auf.

Frau Wittke informiert, dass die Kooperationsvereinbarung aufgrund der besprochenen Hinweise aus der letzten Sitzung nachgebessert wurde.

Herr Paproth möchte wissen, ob diese Vereinbarung rechtlich geprüft wurde, seitens der Stadt Tangerhütte.

Frau Wittke antwortet, nein.

Herr Sprunk weist darauf hin, dass der Kooperationsvertrag kein Erstellungsdatum und keine Versionsnummer besitze. Man müsse beim Beschluss im Stadtrat überlegen, welchen Vertrag man beschließe.

Frau Braun führt aus, dass sie dieser überarbeiteten Kooperationsvereinbarung zustimmen könne, erwähnt aber die Ablehnung des Ortschaftsrates (Lüderitz). Dort sei man besorgt, da den Landwirten immer mehr landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen würde.

Herr Jacob äußert, dass die bemängelten Formulierungen geändert und eingearbeitet wurden und er dem Vertrag so zustimmen könne.

Herr Nastke erinnert an seine im Bauausschuss und Stadtrat gestellte Frage zu §2 Abs. 2 des Vertrages. Ist die Verwaltung in der Lage die Sachen zu liefern, die die Stadt Stendal braucht? Da man ansonsten keine Fördermittel erhalten und auf den Kosten sitzenbleibe.

Frau Wittke antwortet mit ja, wir machen das.

Es gibt Nachfragen zur rechtlichen Prüfung der Vertragsinhalte von **Herrn Kinszorra** und **Herrn Paproth**.

Frau Wittke teilt mit, dass die Kooperationsvereinbarung federführend durch Stendal erarbeitet wurde und im 2. Entwurf alle im Stadtrat geforderten Änderungen eingearbeitet seien.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 496/2020.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

TOP 15 Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
BV 441/2020

TOP 15 wird nach Abstimmung vertagt.- siehe TOP 2

TOP 16 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
BV 442/2020

TOP 16 wird nach Abstimmung vertagt.- siehe TOP 2

TOP 17 2. Änderung zur Satzung über den Kostenersatz und die Erhebung von Gebühren für Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte
BV 443/2020

TOP 17 wird nach Abstimmung vertagt.- siehe TOP 2

**TOP 18 Zuwendungs-Richtlinie für die Freiwillige Feuerwehr der Einheitsgemeinde Stadt
Tangerhütte** **BV 444/2020**

TOP 18 wird nach Abstimmung vertagt.- siehe TOP 2

**TOP 19 Aufnahme eines Radweges entlang der L 53 in den Haushalt der Einheitsgemeinde -
Antrag Ortschaftsrat Schernebeck BV 346/2020** **BV 468/2020**

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 19, BV 468/2020, auf.

Frau Braun spricht sich für diesen Radweg aus, kritisiert aber, dass laut BV die Maßnahme in den Haushalt 2021 aufgenommen werden soll. Ihr Vorschlag dazu lautet, die Aufnahme in das Förderprogramm Radwegenetz durch die Verwaltung zu beantragen. (Frau Wittke kenne die genaue Bezeichnung des Förderprogrammes) So müsse der Beschluss verändert werden.

Herr Kinszorra stimmt dem zu und schlägt vor, den letzter Satz des Beschlussvorschlages zu streichen sowie einzufügen „im Rahmen des Förderprogrammes Radwege“. Die Verwaltung hat den Auftrag, wenn es Fördermittel oder Möglichkeiten gibt, gemeinsam mit dem Land, den Radweg straßenbegleitend zu bauen.

Herr Kinszorra stellt den Änderungsantrag, den Beschlussvorschlag, wie von Frau Braun formuliert, zu ändern. Der jetzige letzte Satz ist zu streichen.

„Der Stadtrat beschließt der Bürgermeister möge sich für den Bau eines Radweges entlang der L 53 zwischen Schernebeck und Tangerhütte *im Rahmen des Förderprogrammes Radwege* einsetzen und das Vorhaben vorantreiben. ~~Die Maßnahme ist in den Haushalt der Einheitsgemeinde aufzunehmen.~~“

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Einfügen: „im Rahmen des Förderprogrammes Radwege“ und den letzten Satz streichen.

Abstimmungsergebnis Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 468/2020 mit Änderung.

Abstimmungsergebnis BV468/2020 mit Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

**TOP 20 Planung Mittel Kita Terrasse Lüderitz in Haushalt 2021 der Einheitsgemeinde –
Antrag WG Lüderitz BV 354/2020** **BV 469/2020**

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 20, BV 469/2020, auf.

20.43 Uhr - Herr Jacob verlässt den Sitzungsraum.

Frau Braun beanstandet, dass die Terrasse (in einer Kita) schon 2 Jahre gesperrt sei. Diese sei auch als Fluchtweg zu benutzen. Sie bemängelt, dass keine Instandsetzung erfolgte.

20.44 Uhr Herr Jacob betritt den Sitzungsraum wieder.

Frau Braun kritisiert den Begriff „*PVC Holzdielen*“? - das solle raus (aus dem Text). Sie schildert, dass es ein Kostenangebot von September 2019 einer ortsansässigen Firma gäbe. (PVC sei witterungsbeständig, splitterfest)

Sie lehnt die in der Begründung empfohlene Überdachung der Terrasse ab. Diese sei noch nie angedacht und nicht notwendig. Es gäbe eine Markise, große alte Bäume auf dem Gelände. Es würde massive Verdunkelung der Räume bedeuten. Sie könne das nicht befürworten.

Herr Jagolski stimmt Frau Braun zu und erwähnt, dass von einer Überdachung nie die Rede war. Er schlägt vor, in den Text des Beschlussvorschlages, die Formulierung „des Fußbodens“ einzufügen.

Herr Jacob betont, dass in allen Kindereinrichtungen normgerechte und ordentliche Einrichtung vorhanden sein müsse. Er sehe das als Pflichtaufgabe. Für die Kinder müsse die vorhandene Terrasse ordentlich hergerichtet werden. Er stimme Frau Braun zu.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Einfügen: „des Fußbodens“

„Der Stadtrat beschließt die Aufnahme von Investivmitteln in Höhe von 10.000€ in den Haushalt 2021 für die Herrichtung *des Fußbodens* der Kitaterrasse in Lüderitz.“

Abstimmungsergebnis Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 469/2020 mit Änderung.

Abstimmungsergebnis BV469/2020 mit Änderung: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 21 Planung von Haushaltsmittel für Schallschutzdecken in der Grundschule Lüderitz

von 2026 auf 2021 - Antrag WG Lüderitz BV 355/2020

BV 470/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 21, BV 470/2020, auf.

Frau Braun erläutert Gründe:

- 2014 (nach Brandschutzinstallation) herabgefallene (schallabsorbierende) Gipsdecken wurden mit Zement angeputzt
- es gäbe ein Schallgutachten, es sei zu laut
- sollte 2014 schon realisiert werden
- Grundschulen Grieben (sogar der Flur) und Tangerhütte komplett, seien ausgerüstet, nur Lüderitz wird nichts gemacht seit 7 Jahren
- Wer (welcher Fachmann) hat die Kostenanalyse gemacht, wo kommt die Summe (150000€) her?
- als Dr. Richter 2012/13 die Maßnahmen begleitete, gab es eine Auflistung (liegt der Verwaltung vor) über noch zu tätige Maßnahmen, bis die Schule durchsaniiert sei. Da stehe Schallschutzdecken mit einer Summe von 40000€ drin. (sicher für die Klassenräume der GS)
- jetzt mit im Gebäude: Kita (Vorschule) und Hort (diese Räume auch notwendig, Flure nicht)
- es gehe um die Arbeitsräume (Klassenräume und Kitaräume)
- erst 2014, dann 2023, jetzt ist es auf 2026 geschoben!, sei eine Pflichtaufgabe

Frau Wittke sagt dazu, dass im Sozialausschuss eine Änderung beantragt und beschlossen wurde. Die Umsetzung solle 2021 erfolgen, vorbehaltlich einer Förderzusage durch das Bundesprogramm Ganztagsbetreuung.

Es entsteht eine Diskussion, wer eine Änderung zu diesem Antrag eingebracht hat bzw. einbringen darf. Beteiligt sind **Frau Wittke** und **Frau Braun**.

Frau Braun ist der Meinung, dass nur die WG Lüderitz den Antrag (als Antragsteller) ändern könne. Sie kritisiert, dass man schon 7 Jahre warte, wann solle endlich was gemacht werden.

Herr Kinszorra äußert, die Frage wäre zu prüfen. Am Montag im Sozialausschuss wurde Ergänzungsvorschlag gemacht (mit 7Ja-Stimmen und 0 Nein-Stimmen), wie von Frau Wittke vorgetragen. Er plädiere dafür, wenn es Förderprogramme dafür gäbe, zu versuchen, dies zu bekommen - vielleicht unter der Maßgabe, nur die Klassen-, Hort- und Kitaräume, nicht die Flure.

Frau Braun hinterfragt, wann die Entscheidung gefällt werden solle.

Frau Wittke informiert, es sei ein Förderprogramm, welches vom Bund im Rahmen der Corona-Maßnahmen aufgelegt wurde. Es gäbe Mittel für den Landkreis, die dann verteilt werden. Antragstellung beim Landkreis Stendal laufe bis Ende März. Bei Zusage wäre die Maßnahme für 2021 umzusetzen. Das würde dem Antrag entsprechen.

Herr Kinszorra stellt den Antrag, so wie auch der Sozialausschuss den Antrag gestellt hat, „vorbehaltliche einer Förderzusage aus dem Bundesprogramm“ den Beschluss so zu ergänzen. Das ist ein Änderungsantrag.

Frau Braun steht auf dem Standpunkt, dass das nicht ginge, wenn dann nur sie diesen stellen könne.

Herr Kinszorra bittet Frau Wittke, zu klären, ob ein Mitglied des Bauausschusses einen Änderungsantrag zu dieser Problematik stellen könne, zumal im Sozialausschuss auch ein Änderungsantrag gestellt wurde.

Frau Braun argumentiert, dass alle einen Änderungsantrag zu einer Vorlage der Verwaltung stellen können, aber nicht zu einem Antrag eines Stadtrates bzw. einer Fraktion oder Gruppe von Stadträten.

Frau Wittke sagt, sie fände es sinnvoll, wenn man es so machen würde, da der Zusatz die Ermächtigung gäbe, diesen Antrag zeitnah zu stellen.

Frau Wittke schlägt den Zusatz, es sollen Fördermittel eruiert werden, vor.

Herr Maatz wirft ein, dass es eine Ergänzung zu der Beschlussvorlage sei, der Förderzuschuss miteinbezogen werden solle. Nicht der Antrag der WG solle geändert werden. Es solle bei 2021 bleiben, nur eine mögliche Förderung miteinbezogen werden.

Frau Braun stellt aufgrund der Diskussion den Antrag, dass der Antrag der Wählergemeinschaft dahingehend ergänzt wird, dass Fördermittel eruiert werden.

Im Einvernehmen mit Frau Braun formuliert **der Ausschussvorsitzende** die Ergänzung und lässt darüber abstimmen.

Änderungsantrag:

Ergänzen: „und die Verwaltung wird beauftragt Fördermittel zu beantragen.“

Abstimmungsergebnis Änderung: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 470/2020 mit Änderung.

„Der Stadtrat beschließt die Umplanung von Haushaltsmitteln, für den Ausbau der Grundschule Lüderitz mit Schallschutzdecken, von 2026 auf 2021 *und die Verwaltung wird beauftragt, Fördermittel zu beantragen.*“

Abstimmungsergebnis BV470/2020 mit Änderung: 7 x Ja; 0 x Nein; 1 x Enthaltung

TOP 22 Planung von Haushaltsmitteln für die Sanierung der Tangerbrücke Lüderitz von 2026 auf 2023 - Antrag WG Lüderitz BV 356/2020 BV 471/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 22, BV 471/2020, auf.

Frau Braun argumentiert, die Brücke sei desolat (ist seit 10 Jahren bekannt), einseitig gesperrt, sei für 8 Anlieger, Fahrzeuge der Land- und Forstwirtschaft, Müllentsorgung, Rettungsdienst notwendig. Sollte 2023 in Haushalt kommen. Jetzt steht sie wieder in 2026. Summe von 100000€ scheint ihr zu hoch, Vor-Ort-Termin zu fachmännischer Bewertung ist angesetzt für Planung konkreter Zahlen für 2023.

Herr Paproth wirft ein, es ginge um eine Sanierung, keinen Neubau.

Herr Kinszorra führt aus, es sei kein Geld da, Verschiebung auf 2026 sei nicht nachvollziehbar, aber man müsse Prioritäten setzen. Es fehle eine Übersicht, wo gibt es Brücken, die ebenfalls nicht funktionieren. Er fragt zur Finanzierung, ob man dafür Fördermittel eruiieren könne. **Frau Wittke** antwortet, nein derzeit sei kein Förderprogramm bekannt.

Herr Kinszorra fragt, können wir das auf 2026 lassen und wenn wir die insgesamt sperren müssen, dann sei Handlungsbedarf und die Verwaltung müsse etwas machen.

Frau Braun gibt an, die Brücke sei mit 16 Tonnen Höchstlast einspurig zu befahren. Diese Brücke würde ständig überlastet (weist auf Fahrzeuge Rettungswesen, Feuerwehr, Landwirtschaft hin), die laut Beschilderung nicht erlaubt sei. Man sei verpflichtet die Brücke instand zu setzen. **Frau Braun** kritisiert, die Verschiebung auf 2026, obwohl sie bis zum letzten Jahr in 2023 drin war. HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept) wurde bis 2023 beschlossen.

Es entsteht eine Diskussion, ob die Fahrzeuge von Feuerwehr, Rettungswesen, Müllentsorger, Landwirtschaft usw. die Brücke befahren dürfen, wie die Begrenzung festgelegt sei. **Frau Braun, Herr Kinszorra, Frau Wittke** äußern sich dazu.

Herr Maatz weist auf den Passus im Begründungstext hin „einseitiges Befahren 16t,...wechelseitige Befahrung mit Fahrzeugen mit einem Gesamtgewicht von 25t gegeben ist“

Der Ausschussvorsitzende äußert, dass es ganz unterschiedliche Informationen gebe. Das müsse verwaltungstechnisch geklärt werden vom Ordnungsamt. Es schlägt vor die BV 471/2020 in den Hauptausschuss und Stadtrat zu verweisen. Bis dahin solle die Beschilderung festgestellt werden.

Frau Wittke klärt das.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die Verweisung BV 471/2020 in Hauptausschuss und Stadtrat.

Abstimmungsergebnis dazu: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 23 Andere Verwendung der Ansparung der IVP-Mittel aus 2020 - Antrag WG Altmark Elbe BV 358/2020 BV 472/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 23, BV 472/2020, auf.

Herr Pasiciel erklärt, dass der Antrag von August 2020 sei. Nach Bekanntgabe der Jahresüberschusssumme von 2020 gab es Anregungen zur Verwendung, auch für Löschwasserbrunnen. Er informiert, dass Frau Platte sich im Hauptausschuss dazu äußern wolle.

Es gibt Irritationen über den Wortlaut des Beschlussvorschlages. **Frau Wittke** erklärt, dass es eine Austauschvorlage gab. (in Mandatos und Postausgang am letzten Freitag)

Der Ausschussvorsitzende verliest den geänderten Beschlussvorschlag, den nicht alle haben.

„Der Stadtrat beschließt 300.000 € der angesparten IVP Mittel aus dem Haushalt 2020 für Löschwasserbrunnen zu verwenden.“

Herr Sprunk gibt den Hinweis, dass die Begründung dann auch hinfällig sei und alles überarbeitet werden müsse.

Herr Jacob erklärt, dass das noch aus der Zeit der Haushaltsdiskussion stamme. Zum damaligen Zeitpunkt stand die Möglichkeit im Raum, dass das Feuerwehrgerätehaus in Lüderitz in der Form nicht gebaut wird. Daraus entstand die Idee, wenn man angesparte Mittel für ein solches Gebäude nicht benötige, diese für andere Sachen zu verwenden. Er merkt an, dass die Grundsituation jetzt verändert sei und Fördermittel geflossen seien und man die 300000€ als Eigenanteil zur Realisierung benötige.

Herr Paproth merkt an, dass die 300000€ benötigt werden, dieser Antrag hier nicht reinpasse.

Herr Sprunk äußert, BV hätte nicht gestellt werden dürfen. Der Stadtrat hat den Auftrag erteilt, Fördergelder für das Feuerwehrgerätehaus zu beantragen.

Frau Wittke weist darauf hin, dass Frau Platte den Antrag nicht zurückgezogen habe. Die Verwaltung könne dies nicht eigenmächtig tun, dass kann nur der Antragsteller.

Herr Nastke beantragt: Ende der Rednerliste.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmungsergebnis dazu: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 472/2020.

Abstimmungsergebnis BV 472/2020: 1 x Ja; 5 x Nein; 2 x Enthaltung

TOP 24 Umsetzung der Leadermaßnahme Bau eines Jugendclubs in Lüderitz im Haushaltsjahr 2021 - Antrag WG Lüderitz BV 380/2020 BV 478/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 24, BV 478/2020, auf.

Frau Braun informiert, dass 2018 ein Stadtratsbeschluss gefasst wurde, eine Leadermaßnahme zu machen. Sie möchte von Frau Wittke wissen, wie der Stand der Dinge sei, warum es auf der Tagesordnung stehe.

21.28 Uhr - Herr Radke verlässt den Sitzungsraum.

Frau Wittke erklärt, beantragte Leadermaßnahme mit Zusage für 2020, Voraussetzung für Zuwendungsbescheid und Baubeginn war aber Haushaltsbeschluss 2020. Den haben wir nicht. Der Beschluss (BV478/2020) ermögliche, diese Leadermaßnahme in den Haushalt (HH) 2021 aufzunehmen.

Herr Jacob möchte wissen, warum das 2021 nicht drin sei. Sonst würde alles mit rüber genommen, was nicht erledigt ist.

Frau Wittke widerspricht und erläutert dazu, was 2020 begonnen wurde, könne mit rüber genommen werden. Man dürfe in der vorläufigen Haushaltsführung keine neuen Maßnahmen beginnen. (§104 KVG) und nicht automatisch mit übernehmen in HH 2021.

20.30 Uhr - Herr Radtke betritt den Sitzungsraum wieder.

Frau Wittke erklärt, Erteilung des Zuwendungsbescheides hinge von beschlossenem HH 2020 ab, die Eigenmittel (EM) ebenso.

Frau Braun widerspricht, die EM bringe der Verein. Es sei eine Pflichtaufgabe (Ersatzbeschaffung bei Wegfall / Verkauf). **Frau Wittke** ist anderer Meinung (Neubau).

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 478/2020.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 25 Verwendung nichtverbraucher Eigenmittel aus Förderprojekten umwandeln in Mittel zur Gehwegsanierung - Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 383/ 2020 BV 480/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 25, BV 480/2020, auf.

Frau Braun fragt an, ob die Verwaltung schon mal eine Übersicht gemacht habe.

Frau Wittke sagt, wir sind jetzt aktuell an der Überarbeitung.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über BV 480/2020.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 26 Dachsanierung Kulturhaus Einstellung von Haushaltsmitteln - Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 384/2020 BV 481/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 26, BV 480/202, auf.

Herr Jacob erklärt, dieses hier beantragte Geld, soll rein für die Reparatur des defekten Daches genutzt werden, nicht für die Erstellung irgendwelcher Projekte. Alles andere habe mit diesem Antrag nichts zu tun.

Herr Nastke hinterfragt die in der BV angegebenen Kosten von 265000€.

Herr Jagolski teilt mit, dass es gestern im Ortschaftsrat (OR) einen Änderungsantrag zur Begrenzung der Höhe von 25000€ gab.

Herr Sprunk bemerkt, im Antrag stehe Sanierung nicht Reparatur.

Dann mache **Herr Jacob** einen Änderungsantrag für die Dachreparatur.

Herr Kinszorra appelliert, seit 2014 sei die Sanierung des Kulturhauses beschlossen. Er kritisiert Begründungen des Bürgermeisters. In der derzeitigen Pandemie sei man froh, dieses Objekt für Sitzungen zu haben. Es fehle nach wie vor ein Konzept über die Sanierung / die weitere Nutzung des neuen Schlosses. Hier habe man das Problem, wie wolle man scheinbarweise anfangen, das Objekt zu erhalten. Dafür gibt es den Beschluss. Der ist nicht aufgehoben worden. Der Bürgermeister müsse durchsetzen / durchführen, was wir als Stadtrat im Auftrag unserer Bevölkerung wollen.

Herr Kinszorra bemängelt, dass die Verwaltung / das Bauteam nicht mit Fachleuten besetzt ist (außer 1 Tiefbauingenieur).

Herr Paproth meint, dass ein grundlegendes Konzept fehle.

Frau Braun erinnert an den Beschluss des Stadtrates, die Brandschutzaufgaben im Foyer umzusetzen (100000€). Das ist in keinem Haushalt drin. Warum ist das nicht drin?

Sie berichtet über ihren Vorschlag im Sozialausschuss, zur Prüfung der Dachsanierung in Verbindung mit Solaranlage.

Herr Jacob führt aus, es gehe heute nicht um die Umsetzung eines Programmes/Projekt für das Kulturhaus, sondern um eine Reparatur / Werterhaltung. Er fordere Beschlüsse endlich mal umzusetzen. **Herr Jacob** bittet aber trotzdem um Zustimmung für die Werterhaltung dieses Hauses.

Zu gestern angesprochenen Fördermöglichkeiten möchte Herr Jacob konkretere Informationen.

Herr Jacob möchte schon Geld für die Reparatur haben, ob es eine Förderung gebe, wisse man nicht.

Herr Jagolski erklärt, wenn man sich genau darauf festlegt, muss man auch sagen Dachsanierung / -reparatur. Gestern die 25000€ beziehen sich darauf, sollte ein Förderprogramm zutreffen, wären das die Eigenmittel. Sollte da nichts zum Tragen kommen, dann müssen wir reparieren. Das sei der Hintergrund.

Herr Jagolski formuliert den Änderungsantrag:

Einfügen: „in Höhe von 25000€ für die Dachsanierung / -reparatur“

„Der Stadtrat beschließt die Einstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 25.000 € für die Dachsanierung / -reparatur des Kulturhauses Tangerhütte.“

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung über die Änderung.

Abstimmungsergebnis: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung BV 481/2020.

Abstimmungsergebnis geänderter BV: 8 x Ja; 0 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 27 E- Fahrzeuge Erstellung Anschaffungsliste - Antrag CDU/ FDP Fraktion BV 385/2020 BV 482/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 27, BV 482/202, auf.

Die Ausschussmitglieder geben folgende Hinweise:

- Wirtschaftlichkeit prüfen (Nutzfahrzeuge)
- wie setzen sich die Kosten zusammen (ca. 32000€)
- mögliche Angebote über Energieversorger prüfen

Der Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 1 x Nein; 0 x Enthaltung

TOP 28 Prüfung energieautarke Einheitsgemeinde - Antrag CDU/ FDP BV 386/2020 BV 484/2020

Der Ausschussvorsitzende ruft den TOP 28, BV 484/202, auf

Herr Jacob erläutert, dass es Möglichkeiten gebe, alternative Energien zu nutzen und so miteinander zu verkoppeln, dass keine zusätzlichen Energien eingekauft werden müssten. Diese Möglichkeit solle geprüft werden. Man solle sich sachkundig machen und prüfen, ob es Fördermöglichkeiten gäbe.

Es gibt Nachfragen / Hinweise der Ausschussmitglieder:

- welche eigenen energieerzeugenden Sachen haben wir als EG
- einerseits lehne der SR Windräder und Solaranlagen ab, hier sollen Flächen für eigene Versorgung zur Verfügung gestellt werden?
- Erzeuger sein nicht Versorger (Haftung beachten)

Da es 22.00 Uhr ist, möchte der **Ausschussvorsitzende** die Diskussion beenden und bittet um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 x Ja; 1 x Nein; 0 x Enthaltung

Die Sitzung des Bauausschusses wird unterbrochen.

Der Termin der Fortführung dieser Sitzung ist am Mittwoch, 27.01.2021 um 19.00 Uhr.

Die anwesenden Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung 22.03 Uhr.

Fertiggestellt: 09.02.2021